

KURZ UND PRÄGNANT

Wachstumsbereich Thüringen-Tourismus

Der Landtag hat mit großer Mehrheit einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung des Wassertourismus beschlossen. Dazu erklärte Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Thüringen kann und muss hier das Potenzial ausbauen, auch um weitere Schritte für einen ganzheitlichen Tourismus zu gehen.“ Er verwies auf die ca. 375 Kilometer nutzbare Wasserwanderstrecke auf Saale, Unstrut und Werra sowie Deutschlands größte aufgestaute Wasserfläche mit dem Talsperrensystem Bleiloch und Hohenwarte.

Zu begrüßen seien auch die beschlossene Verzahnung mit weiteren touristischen Segmenten, wie dem Kultur-, Rad- und Wandertourismus, sowie die ökologische Nachhaltigkeit und der Gewässerschutz. „Mit der neuen Landestourismuskonzeption 2025 werden wir ab 2016 die Wachstumsbereiche des Thüringen-Tourismus noch mehr zusammenbinden und damit auch den Aufbau Themen wie etwa dem Wassertourismus neue Impulse geben“, so der Abgeordnete. ■

Gewerkschaften nicht instrumentalisieren

Die Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaften (GdP, DPolG) und des Fachverbandes Bund Deutscher Kriminalbeamter haben sich durch ihre offizielle Mitgliedschaft als jeweils stellvertretende Vorsitzende im Polizeiarbeitskreis der CDU-Fraktion im Landtag parteipolitisch instrumentalisieren lassen. Darauf macht Rainer Kräuter aufmerksam, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion. Mit Blick auf die ureigenen Aufgaben der Gewerkschaften hält er den Vorgang für hoch bedenklich:

„Wenn sich Gewerkschaften für die Politik einer Fraktion benutzen lassen, steht dies einem offenen und vertrauensvollen Dialog mit den anderen politischen Kräften im Landtag diametral gegenüber. Ich habe Gewerkschaften und deren Vorsitzende stets als kritische und konstruktive Begleiter politischer Arbeit verstanden, erlebt und das auch selbst gelebt. In der Gewerkschaft der Polizei habe ich stets dafür geworben, mit allen demokratischen Kräften im Dialog zu stehen und bei allen Partnern Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen. Ich erwarte, dass die Gewerkschaften auch weiterhin so arbeiten.“ Als aktiver Gewerkschafter gehe er von einer Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteipolitik und der konstruktiven Mitarbeit aller Beteiligten aus. Das liege auch im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder. ■

Kooperationsverbot sollte beendet werden

Grundsätzliche Anmerkungen in der Debatte zur Finanzierung staatlicher Schulen

Der Landtag hat kürzlich der Novellierung des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen zugestimmt. In ihrer Rede zum Gesetzentwurf der Landesregierung hatte Gabi Ohler (LINKE), Staatssekretärin im Bildungsministerium, „ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur Schulfinanzierung“ gemacht:

„In Deutschland sind die Lasten bei der Finanzierung der staatlichen Schulen klar verteilt. Das Land trägt die Personalkosten, die Kommunen, die Gemeinden und Landkreise übernehmen als Schulträger die Sachkosten. Der Bund kann sich nicht verlässlich einbringen. Grund ist das Kooperationsverbot. In den vergangenen Jahren hat sich immer wieder gezeigt, vor welche Probleme uns dieses Verbot stellt. Der Bund kann zwar Solarzellen auf dem Schuldach finanzieren, für ein gutes Schulklima braucht es aber mehr als ein warmes Klassenzimmer. Für ein gutes Klima an den Schulen brauchen alle, die Schule gestalten, eine nachhaltige Unterstützung – gerade jetzt.“

Sie wissen, wir stehen vor großen Herausforderungen. Landesweit werden derzeit circa 5.000 Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache beschult. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich die Zahl der ausländischen Kinder deutlich erhöhen.

An unseren Schulen gibt es aktuell 875 Lehrkräfte, die mit unterschiedlichem Stundenumfang im Sprachunterricht für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache eingesetzt werden. Wir haben die Zahl der Lehrkräfte, die Deutsch als Zweitsprache anbieten, verstärkt. 50 Stellen sind in diesem Jahr bereitgestellt worden, weitere Stellen sind im Doppelhaushalt vorgesehen. Wir haben unser Wahlversprechen umgesetzt und in diesem Jahr

500 neue Lehrkräfte eingestellt. Zusätzlich dazu haben wir die Vertretungsreserven im Umfang von 100 Stellen aufgebaut. Wir haben so viele Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wie schon lange nicht mehr. Und dennoch: Unsere Schulen brauchen angesichts des anhaltenden Schülerzuwachses durch die Flüchtlinge mehr Unterstützung. Wir wollen Klassen, in denen jedes Kind das bekommt, was es braucht für einen erfolgreichen Bildungsweg.

Kindern, von Jugendlichen, die zu uns kommen“, sagte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf an die Adresse der CDU: „Die Landesregierung, die Schulämter und jede einzelne staatliche oder freie Schule sind derzeit intensiv dabei, zu schauen, welche Möglichkeiten sie haben, in Sprachförderung als Erstes und als Zweites dann in Einmündung in den regulären Unterricht, die Kinder auch wirklich zu integrieren, die zu uns kom-



Im Plenum: Die Landtagsabgeordneten der LINKEN Dr. Johanna Scheringer-Wright, Torsten Wolf und Sabine Berninger (v.l.).

Die neu dazu kommenden genauso wie die einheimischen Kinder. Das Land darf in seinen Bemühungen nicht allein gelassen werden. Wir brauchen die finanzielle Beteiligung des Bundes, nicht in Form von Sonderpaketen, sondern in Form einer dauerhaften Förderung. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes gehört auf die politische Agenda. Dafür setzen wir uns ein.“

Mit Blick auf die „Bewältigung der großen Aufgabe der Integration von

men. Da haben die Schulen unsere volle Unterstützung verdient. Da reicht es nicht, einfach sich einen schlanken Fuß zu machen und zu sagen: „Landesregierung mach mal!“, sondern es gehört natürlich auch zur Wahrheit dazu, dass das im Maßnahmenpaket der Bundesregierung einfach nicht abgebildet ist. Da kann man auf die Kultushoheit der Länder verweisen, es bringt uns nur nicht weiter. Wir brauchen hier noch einmal Nachverhandlungen.“ ■

Resolution zur Beschulung von Flüchtlingskindern

Der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf, hat die am 12. November veröffentlichte gemeinsame Resolution des Thüringer Lehrerverbandes (TLV), der Landeselternvertretung und der Landesschülervertretung zur Beschulung von Flüchtlingskindern begrüßt:

„Es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich der TLV und die Eltern- und Schülervertretung im Bemühen um eine gute Integrationsarbeit an unseren Schulen an unsere Seite stellen. Wir alle wissen, dass an den Schulen jeden Tag viel geleistet wird und noch mehr Arbeit auf uns zukommt. Wir nehmen die gemeinsame Stellungnahme der drei bildungspolitischen Akteure sehr ernst und sehen auch in einer gelingenden Integration an den Schulen eine Chan-

ce, die wir nicht vertun dürfen. Auch der Hinweis auf die dazu notwendige Personalausstattung stößt bei uns auf offene Ohren.“

„Niemand kann wollen, dass wir es nicht schaffen“

Torsten Wolf weiter: „Wir befinden uns in intensiven Gesprächen zu diesem Problemkomplex. Ich bin sehr optimistisch, dass die Koalition gerade bei dem in der Erklärung angesprochenen Bedarf im derzeit zu beratenden Entwurf für den kommenden Doppelhaushalt nachsteuern wird. Dabei denken wir sowohl an den notwendigen Aufwuchs an Lehrstellen und Unterstützungskräften im System, an notwendige Lehr- und Lernmittel, aber auch an die Unterstützung für die Thü-

ringer Jugendarbeit, die flankierende Leistungen anbieten soll. Wir wünschen uns weiter einen intensiven Dialog, in dem wir alle guten Ideen zusammenlegen und zum Gelingen von Integration in einem guten Schulklima beitragen.“

Mit der gemeinsamen Resolution, so heißt es in der Presseerklärung, „hoffen die Unterzeichnenden, den Handlungsträgern praxisnahe Strategien an die Hand zu geben. ‘Es geht uns nicht darum zu kritisieren’, stellte Rolf Busch, TLV-Landesvorsitzender, klar. ‘Wir müssen jetzt alle an einem Strang ziehen, um diese leidgeprüften Kinder und Jugendlichen in unsere Bildungslandschaft zu integrieren.’ Denn – auch da sind sich Eltern, Lehrer und Schüler einig: ‘Niemand in diesem Land kann wollen, dass wir es nicht schaffen!’“ ■